

Medienmitteilung der SEEBRÜCKE Schweiz

Luzern, 28.01.2020

## **Menschen sterben im Mittelmeer und der Kanton Luzern schaut weg**

Der Kanton Luzern ist nicht bereit, aus dem Mittelmeer gerettete Menschen aufzunehmen. Er lehnt das Postulat der Initiative SEEBRÜCKE Schweiz und der SP Luzern ab.

Die Regierung wurde gebeten, zu überprüfen, wie der Kanton Luzern geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnehmen kann, damit sie Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten. Es sollten Kontingente dafür definiert werden, ähnlich wie dies bereits eine Reihe anderer europäischer Städte und Regionen getan haben. Der Kanton Luzern sollte dem Bund dabei seine Unterstützung zusichern, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Leider will sich der Kanton Luzern nicht solidarisieren. Er lehnt das Postulat mit der Begründung ab, es handle sich um ein nationales Thema. Die Verantwortung wird an den Bund weitergegeben. Der Bund hält die EU für verantwortlich. Die EU argumentiert, es müsse eine gemeinsame Lösung aller gefunden werden. Während scheinbare Einigkeit darüber herrscht, dass Menschenrechte gewährt werden müssen, weisen die einzelnen politischen Akteure die Verantwortung von sich.

Solange alle politischen Akteure nur das tun, was sie nicht aus ihrem Verantwortungsbereich entfernen konnten, geht das Sterben auf dem Mittelmeer weiter. Jede Minute, die ein Schiff auf einen sicheren Hafen warten muss, ist eine verlorene Minute in der Seenotrettung. Würde die Aufnahme der Geretteten in den europäischen Staaten ermöglicht, gäbe es weniger Todesfälle auf dem Mittelmeer.

Die Schweiz beruft sich gern auf ihre humanitäre Tradition. Ein selbstständiges Handeln lehnt der Kanton Luzern aber ab. Dabei hätte er allein in Deutschland über 130 Städte und Gemeinden als Vorbild, die sich zu Sicheren Häfen erklärt haben. Sie zeigen Solidarität, wenngleich die Aufnahme von Geflüchteten auch dort vom Bund blockiert wird.

Für uns beginnt die Seenotrettung und das Schaffen von Sicheren Häfen bereits in den Köpfen der Luzerner Bevölkerung. Dass der Kanton wegschaut und sich vor der humanitären Verantwortung drückt, bedauern wir sehr.

Wir werden uns auch weiterhin gegen das Sterben auf dem Mittelmeer stellen, hinschauen und handeln.

Für weitere Informationen:

NAME  
schweiz@seebruecke.org  
TELEFON